

Vielfalt – Das Bildungsmagazin

EDITORIAL

Liebe Leser*innen,

die Hemmschwelle, rechtsextremen Aussagen zuzustimmen, ist zurzeit besonders niedrig. Ende letzten Jahres, im November 2018, wurde in Leipzig eine Studie über Autoritarismus vorgestellt, die in Ausländerfeindlichkeit, (antimuslimischem) Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus „Einstiegsdrogen in den Rechtsextremismus“ erkennt. Die neue Ausgabe von Vielfalt – Das Bildungsmagazin befasst sich mit rechtsextremen Familien und setzt damit die Herbstausgabe 2018 mit dem Schwerpunkt „Rechtsextremismus als pädagogische Herausforderung“ fort.

Was tun, wenn Kinder in der Kita schwarzen Puppen die Köpfe abreißen und sich weigern, neben Kindern mit Migrationsgeschichte zu sitzen. Was tun, wenn Sie die Eltern darauf ansprechen und diese ein solches Verhalten für richtig erachten. Schweigen? Reden? Aber wie? Lisa Hempel leitet die Fachstelle „Rechtsextremismus und Familie“ in Bremen und gibt im Interview viele wertvolle Hinweise aus ihrer Beratungspraxis. Die Journalistin und Buchautorin Andrea Röpke beschreibt in ihrem Artikel „Geboren für die nationale ‚Volksgemeinschaft‘ – Rechtsextreme Eltern und ihr Nachwuchs“ völkisch-nationalistische Lebensweisen, Gemeinschaften und Familien, aus denen sich auch Teile der AfD und der Identitären Bewegung rekrutieren. Mit einem Beitrag über Aussteiger*innen aus der



Foto: Neonazitreffen „Eichsfeldtag“ 2018 am 1.9. 2018, © recherche-nord

rechtsextremen Szene runden wir den Schwerpunkt ab.

Unter „Aktuelles“ berichten wir über eine Neuerung bei den Kitagebühren in NRW, die willkürliche Sonderbeschulung von Kindern in „Schulen für geistige Entwicklung“, und wie auch Kinder aus armen Familien ohne den „Digitalpakt für Schulen“ Zugang ins digitale Zeitalter erhalten können.

„In eigener Sache“ stellen wir Ihnen das Kölner Projekt Arab_EL vor, das den Impuls dafür gibt, dass arabische Eltern bildungspolitisch mitmischen. Wir wünschen Ihnen eine aufschlussreiche und für Ihre Arbeit nützliche Lektüre und freuen uns über Rückmeldungen von Ihnen.

Für die Redaktion Mercedes Pascual Iglesias

Aus dem Inhalt:

Kita umsonst kommt

Seite 2

Unabhängige Überprüfung der
Sonderschulen fehlt

Seite 3

Schwerpunkt:
Rechtsextreme Familien

Seite 5–13

Arabische Eltern unterstützen

Seite 14

Kita umsonst! Gut für Eltern! – Kein Plus für Kapazitäten und Qualität

NRW-REGIERUNG FÜHRT ZWEITES BEITRAGSFREIES KITAJAHR EIN

Ab Sommer 2020 müssen Eltern in Nordrhein-Westfalen für die letzten beiden Kitabesuchsjahre ihrer Kinder vor der Einschulung keine Beiträge mehr bezahlen. So sieht es der „Pakt für Kinder und Familien“ vor, der zwischen Land und Kommunen Anfang Januar beschlossen wurde. Die Beitragsbefreiung, unabhängig vom Einkommen der Eltern, ist Teil der noch für dieses Jahr geplanten Reform des Kinderbildungsgesetzes (Kibiz) in NRW. Die Kosten von rund 210 Millionen Euro jährlich werden den Kommunen vom Land erstattet, das wiederum in den nächsten drei Jahren Bundesmittel aus dem im Januar in Kraft getretenen Gute-Kita-Gesetz erhält. Außerdem garantiert das Land den Kommunen und anderen Trägern von Kindertageseinrichtungen, bis zum Ende der Legislaturperiode 2022

jeden zusätzlichen Kitaplatz zu bewilligen und zu finanzieren.

Zweifellos eine gute Nachricht für Familien, dass bald schon ihre Vierjährigen kostenfrei das öffentlichen Bildungsangebot in Anspruch nehmen können. Jedoch ist nicht zu erwarten, dass sich die Lage im Bereich der Kindertagesbetreuung insgesamt durch die jetzt vereinbarten Finanzmittel entspannt. Denn es fehlt – immer noch – an Betreuungsplätzen, besonders für Kinder unter drei Jahren. Die Kommunalen Spitzenverbände sprechen von 100 000 neuen Kitaplätzen, die in den nächsten Jahren landesweit geschaffen werden müssen. Und es fehlt an Erzieher*innen – schon jetzt, und dies wird sich mutmaßlich so bald nicht ändern.

In der Stadt Köln beispielsweise wird für das Kitajahr 2020/2021 mit einem Bedarf von 2000 zusätzlichen Plätzen für Kinder unter drei Jahren gerechnet, um die vom Stadtrat beschlossene Deckung von 50 Prozent bei der Betreuung dieser Altersgruppe zu ermöglichen. 1000 Plätze fehlen für die größeren Kinder ab drei Jahren. Zwar steht auch für den Ausbau von Kitaplätzen Geld vom Land und vom Bund zur Verfügung, aber gerade in Städten wie Köln sind geeignete Bauflächen nicht leicht zu finden.

Landesweit stellt sich das Problem der fehlenden an Erzieher*innen dar. Nach Angaben des Familienministeriums kommen jährlich 5000 bis 6000 neue Erzieher*innen aus der Ausbildung in die Kitas, aber 3500 pädagogische Fachkräfte wechseln in einen anderen Beruf. Für zusätzliche Kitaplätze und einen besseren Personalschlüssel in den Kitas reicht die Zahl der Auszubildenden bei weitem nicht aus. Deshalb darf sich die Landesregierung mit der nun beschlossenen Regelung zur Beitragsfreiheit nicht zufriedengeben. Sie muss vielmehr die bildungspolitischen Weichen dafür stellen, dass auch bei den Kapazitäten und der Qualität dringend notwendige Verbesserungen erzielt werden.

Digitalisierung und Chancengleichheit

Fast jeder Haushalt in Deutschland, in dem Kinder leben, hat einen Internetzugang. Dennoch sind die digitalen Chancen von Kindern und Jugendlichen ungleich verteilt. Jutta Croll, Vorsitzende der Stiftung „Digitale Chancen“, hat drei Gruppen ausgemacht, deren Kinder in ihrer Mediennutzung eingeschränkt sind.

Familien im Hartz-IV-Bezug stehen 35,31 € pro Monat für Festnetz, Mobilfunk und Internet zur Verfügung – deutlich zu wenig. Die zweite Gruppe sind Eltern aus bildungsfernen Schichten. Denn diese tendieren dazu, das Netz vor allem für Spiel und Unterhaltung zu nutzen, nicht zum Wissenserwerb, und geben dieses Verhalten an ihre Kinder weiter. Und die dritte Gruppe bilden Eltern, die versuchen, ihre Kinder von digitalen Medien fernzuhalten. Sie versäumen es, ihnen digitale Trainings zu bieten, so dass diese später ihren Altersgenoss*innen hinterherhinken, so Croll.

Medienkompetente Nutzer*innen digitaler Räume wissen Werbung von Inhalten und Fake News von Nachrichten zu unterscheiden. Doch nur 13 Prozent der von der Initiative D21 Befragten sahen sich bei der Informationssuche im Internet auch noch Treffer hinter der ersten gefundenen Seite an. Mangelnde Fähigkeiten im Umgang mit digitalen Medien könnten aber gravierende Folgen für Ausbildung und berufliche Chancen haben, warnt die Politikwissenschaftlerin. Diese Fähigkeiten benötigen heute nicht nur Informatiker*innen, sondern viele Angehörige anderer, auch nichtakademischer Berufe.

Für Kinder mit Behinderung hat sich in den letzten Jahren die Situation verbessert, stellt Jutta Croll fest. So sei beispielsweise durch die Entwicklung der Sprachsteuerung der Zugang zur digitalen Welt für blinde Menschen einfacher geworden. Seit 2011 gilt die Barrierefreie-Informationstechnik-Verordnung, deren Ziel es ist, Menschen mit Einschränkung das Nutzen von Internetangeboten zu erleichtern. Sie verpflichtet allerdings nur Behörden, ihre Internetauftritte barrierefrei zu gestalten.

Der Bundestag hat am 21. Februar 2019 die Grundgesetzänderung für den Digitalpakt an Schulen mit der erforderlichen Zwei-Drittel-Mehrheit beschlossen. 40.000 Schulen können damit auf neuere Computer und besseres Internet hoffen. Die Einigung, die im Vermittlungsausschuss zwischen Bund und Ländern gefunden wurde, sieht vor, dass der Bund künftig Geld für die Bildungsinfrastruktur zur Verfügung stellen kann, als zusätzliche Finanzhilfe zu den eigenen Mitteln der Länder. Stimmt nun auch der Bundesrat am 15. März der Grundgesetzänderung zu, könnte der Digitalpakt Schule umgesetzt werden. Er sieht vor, dass der Bund die Länder mit insgesamt fünf Milliarden Euro bei der Schulausstattung unterstützt. Gekauft werden sollten unter anderem Laptops, Notebooks und Tablets.

Dass damit der Unterricht für alle Schüler*innen besser wird, ist allerdings nicht gesagt. Fazit: Den stärksten Einfluss auf die Entwicklung digitaler Kompetenz junger Menschen hat nach wie vor ihr familiärer Bildungshintergrund.

Kein politischer Wille für eine unabhängige Überprüfung der Sonderschulen

EIN KOMMENTAR VON DR. BRIGITTE SCHUMANN

Nach dem spektakulären Prozessgewinn von Nenad Mihailovic gegen das Land NRW verdichten sich Hinweise, dass sich in den Sonder-/Förderschulen für Geistige Entwicklung auch Kinder und Jugendliche befinden, die keine geistige Behinderung haben.

Im Juli 2018 verurteilte das Landgericht Köln das Land NRW zur Zahlung von Schadensersatz, weil Nenad Mihailovic zu Unrecht von Sonderpädagogen als geistig behindert eingestuft und in einer Kölner Sonderschule für Geistige Entwicklung um sein Recht auf Bildung betrogen worden war. In den jährlichen Überprüfungen seines Förderbedarfs durch die Sonderpädagog*innen seiner Schule war seine geistige Behinderung trotz der ihm attestierten Leistungsfähigkeit nie in Frage gestellt, sondern einfach fortgeschrieben worden. Die untere und obere Schulaufsicht bestritten bis zuletzt eine Amtspflichtverletzung. Da die gerichtlich eingeholte gutachterliche Stellungnahme eindeutig zugunsten des Klägers ausfiel, wurde das Gerichtsurteil vom Land nicht angefochten, aber mit Schweigen belegt. Das Ministerium als oberste Schulaufsicht hat sich dazu nie erklärt, auch nicht mit einer Entschuldigung gegenüber dem Kläger.

WDR-BERICHT ÜBER SONDRSCHULE IN DORTMUND

Am 14. November 2018 wurde die WDR-Dokumentation „Ein Schüler verklagt den Staat – Nenad und das Recht auf Bildung“ ausgestrahlt. Neben dem dargestellten Prozessverlauf im Fall Nenad Mihailovic besuchte das Fernsichteam eine Sonderschule für Geistige Entwicklung in Dortmund, interviewte den Schulleiter sowie eine Sonderpädagogin und führte Gespräche mit Schüler*innen.

Die interviewten Schüler*innen entsprachen in keiner Weise der Definition, die in § 5 der AO-SF (Ausbildungsordnung Sonderpädagogische Förderung) für den Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung zugrunde gelegt wird. Dort heißt es: „Ein Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung im Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung besteht, wenn das schulische Lernen im Bereich der kognitiven

Funktion und in der Entwicklung der Gesamtpersönlichkeit dauerhaft und hochgradig beeinträchtigt ist, und wenn hinreichende Anhaltspunkte dafür sprechen, dass die Schülerin oder der Schüler zur selbständigen Lebensführung voraussichtlich auch nach dem Ende der Schule auf Dauer Hilfe benötigt.“

Wie können Schüler*innen geistig behindert und damit hochgradig beeinträchtigt sein, die sich vor einer Kamera situations- und kommunikationsangemessen verhalten und sich überlegt, klar und verständlich mitteilen? Dagegen zeigt der Film, dass die Vertreter*innen dieser Institution es selbstverständlich finden, dass ihre Schülerschaft insgesamt nicht an Bildung teilhat, sondern sich beim Training lebenspraktischer Tätigkeiten wohlfühlt. Wenn für ältere Schüler*innen Wäschepflege und Bügeln auf dem Plan stehen, trotz ihrer anders gelagerten individuellen Neigungen und Fähigkeiten, dann stellt sich nicht mehr die Frage, ob die Sonderschule auf ein Leben mit möglichst selbstständiger Existenzsicherung oder auf die Arbeit in der Behindertenwerkstatt vorbereitet.

Der Film bestätigte den Kölner Elternverein *mitten-drin e.V.* in seiner Befürchtung, dass Nenad eben kein Einzelfall ist. In einer Pressemitteilung vom November 2018 forderte der Verein von Schulministerin Yvonne Gebauer abermals eine Überprüfung der Sonderschule Geistige Entwicklung durch eine unabhängige Kommission. Dazu hat sich die Ministerin bis heute nicht geäußert.

SONDERBESCHULUNG ZWISCHEN DIAGNOSTIK UND SYSTEMERHALT

Zweifel und Kritik am System der sonderpädagogischen Förderung kamen jüngst vom Landesrechnungshof (LRH) in Niedersachsen und bereits 2013 vom nordrhein-westfälischen Landesrechnungshof. Im Rahmen seines 2013 an den Düsseldorfer

Landtag adressierten Berichts über die „Prüfung des Schulbetriebs an öffentlichen Förderschulen“ äußerte er u.a. Kritik am Verfahren zur Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs und zur jährlichen Überprüfung desselben.

Regionale Unterschiede bei der Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs im größten Förderschwerpunkt Lernen waren auffällig und deuteten aus Sicht des LRH darauf hin, dass es bei der Bewertung des sonderpädagogischen Förderbedarfs keine landesweit einheitlichen Maßstäbe gibt. Das AO-SF-Verfahren sei in seiner jetzigen Form grundsätzlich zu hinterfragen, so der LRH. Zu der jährlichen Überprüfung stellte er fest, dass diese nur in sehr wenigen Fällen zu einer Rückschulung in die allgemeinen Schulen führte. „Weit häufiger führte sie zu einem Wechsel vom Förderschwerpunkt Lernen zum Förderschwerpunkt Emotionale und soziale Entwicklung. (...) Darüber hinaus wurden Schüler mit dem Förderschwerpunkt Emotionale und soziale Entwicklung der Gruppe der Schwerstbehinderten zugeordnet.“

Die vom LRH stichprobenhaft eingesehenen Begründungen für die beantragten und offensichtlich von der Schulaufsicht genehmigten Förderschwerpunktwechsel waren häufig nicht nachvollziehbar oder wiesen deutliche Mängel auf. Da der Wechsel zwischen diesen Förderschwerpunkten ohne Wechsel des Förderortes stattfand und den betreffenden Schulen damit eine günstigere Schüler-Lehrer-Relation und einen höheren Lehrstellenbedarf erhielt, war das Misstrauen des LRH wegen des Verdachts auf „Selbstbedienung“ geweckt.

Bis zum heutigen Tag gibt es weder für die Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs noch für das jährliche Prüfungsverfahren konkrete verbindliche Vorgaben für die Durchführung seitens des Schulministeriums.



Foto: Tero Vesalainen / Pixabay

KEIN „WEITER SO“ MIT HAUSINTERNEN KORREKTUREN!

Auf die Anfrage von *mittendrin e.V.*, wie das Ministerium die im WDR-Film dokumentierten Sachverhalte bewerte, verwies man wortkarg darauf, dass die Schulaufsicht um einen Bericht gebeten worden sei. Außerdem arbeite man daran, „konkretere Vorgaben für die bereits rechtlich verankerte jährliche Überprüfung des sonderpädagogischen Förderbedarfs zu machen, die zu mehr Transparenz gegenüber den Betroffenen und deren Eltern führen“. Auf die Forderung nach einer unabhän-

gigen Untersuchungskommission ging man nicht ein.

Wenn es tatsächlich möglich ist, dass Kinder, die nicht geistig behindert sind, in der Sonderschule Geistige Entwicklung beschult werden, Dann reicht es auch nicht, Optimierungen an der Praxis der jährlichen Überprüfung des Förderbedarfs vorzunehmen.

Denn anscheinend hat sich über die Jahrzehnte eine „Sonderwelt“ im Bereich der Schulverwaltung unter den Augen der Bildungspolitik etablieren können deren Erhaltung über das Recht des Kindes

auf Bildung und auf inklusive Bildung gestellt wird. Diese „Sonderwelt“ muss einer Überprüfung durch unabhängige Expert*innen unterzogen werden. Deren Aufgabe muss es auch sein, zu klären, weshalb wider Erwarten die Quote der Schüler*innen mit einer diagnostizierten geistigen Behinderung in den letzten Jahren angestiegen ist, während der Anteil der Schüler*innen mit der Diagnose Lernbehinderung abgenommen hat.

<https://www1.wdr.de/fernsehen/die-story/sendungen/ein-schueler-verklagt-den-staat-100.html>

KREIDEZEIT im JOBCENTER?

Während die Politik den Digitalpakt Schulen auf den Weg bringt, hat der Kölner Rechtsanwalt und Schuldnerberater Ilias Uyar einen Ratgeber für Eltern, erwachsene Schüler*innen und Beratungsstellen herausgegeben, der die dringende Frage klärt, wann das Jobcenter Schülerinnen und Schülern die Kosten für Computer, Tablet und Schulbücher erstatten muss.

In der Schule werden zunehmend Unterrichtsinhalte online bereitgestellt. Auf der Strecke bleiben hierbei Schüler*innen aus Hartz-IV-Haushalten, die kein Endgerät besitzen und kein Geld für dessen Anschaffung haben. Der Ratgeber gibt einen Überblick mit konkreten Handlungsempfehlungen, wie Hartz-IV-Bezieher*innen mit schulpflichtigen Kindern unter Berücksichtigung der neuesten

Rechtsprechung unterstützt werden können. Neben der Darstellung der rechtlichen Grundlagen für Nichtjuristen enthält der Ratgeber Musteranträge, Checkliste und Handlungsempfehlungen für den Umgang mit Behörden und gegebenenfalls einer Klage beim Sozialgericht. Denn, so legt Rechtsanwalt Uyar dar, die Anschaffung eines Laptops ist mitnichten durch die festgelegte Pauschale für Schulausstattung abgedeckt.

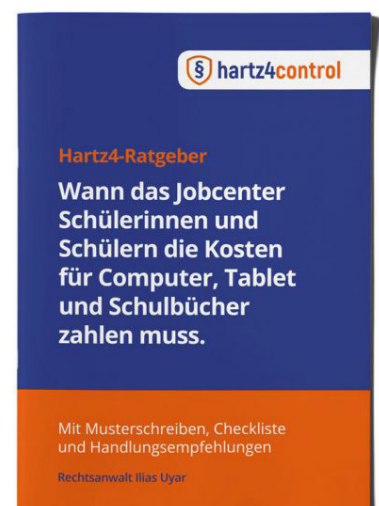
Der Ratgeber kann über www.hartz4control.de bestellt werden.

40 Seiten, Größe: 14,8 x 21 cm

Stand: November 2018

Einzelpreis 4,90 EUR zzgl. Versandkosten

Rabatt auf Bestellungen ab 25 Exemplaren



Interview mit Lisa Hempel, Bildungsreferentin und Projektleiterin der Fachstelle „Rechtsextremismus und Familie“

Fachkräfte in pädagogischen Settings sehen sich zunehmend mit rechtsextremen oder rechtspopulistischen Äußerungen und Akteur*innen konfrontiert. Oft wissen sie nicht, wie adäquat reagiert werden kann. Im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben“ kann die Fachstelle „Rechtsextremismus und Familie“ (RuF) bei solchen Problemen professionelle Hilfen anbieten. Mit der Projektleiterin Lisa Hempel sprach Ariane Dettloff für das Bildungsmagazin Vielfalt über Erfahrungen mit rechtsextremen Familien und mögliche Verhaltensweisen der Mitarbeiter*innen in Kitas sowie Kinder- und Jugendhilfe.



Lisa Hempel, Foto: LidiceHaus

Mit welchen Fragen und Problemen kommen Erzieher*innen und Eltern auf Ihre Beratungsstelle zu, Frau Hempel?

Pädagoginnen und Pädagogen, manchmal aber auch Eltern von Kitakindern berichten uns vermehrt, dass sie mit rechtsextremen Familien konfrontiert sind. Sie fühlen sich in Teilen im Umgang mit ihnen überfordert und suchen bei uns Rat.

Wie zeigt sich denn, dass die Eltern eines Kitakindes rechtsextremen Kreisen angehören?

Das kann beispielsweise durch bestimmte Markenkleidung sichtbar werden: Thor Steinar etwa, Lonsdale, Alpha Industries oder Erik & Sons sind Hersteller, deren Produkte bei Rechtsextremen besonders beliebt sind. Besonders sensibilisierte Fachkräfte kennen diese Labels. Rechtsextreme El-

tern schicken auch ihre Kinder eventuell mit diesem Outfit in die Kita.

Können sich Kitas denn dagegenstellen?

Wenn ein Träger ein Leitbild vereinbart hat, das sich klar gegen Rechtsextremismus stellt, kann man auf dieser Grundlage handeln und etwa ein Hausverbot für bestimmte Kleidungsmarken und Symbole aussprechen.

Können auch bestimmte Verhaltensweisen der Kinder auf rechtsextreme Elternhäuser schließen lassen?

Das kommt durchaus vor. So beobachteten Erzieher*innen entsetzt, dass kleine Kinder in ihrer Kita mit Puppen „Juden-Vergasung“ spielten.

Erschreckend! Hoffentlich ein Einzelfall?

Leider nicht. Ähnlich erschüttert berichteten pädagogische Fachkräfte aus Kitas, dass kleine Kinder den Puppen of Colour die Köpfe abgerissen hatten. Und schon kleinste Kinder haben geäußert, sie wollten beim Essen nicht neben „ausländischen“ Kindern sitzen. Auch eine Mitarbeitende, die erkennbar nicht deutscher Herkunft ist, wurde von Kindern gefragt, wann sie denn endlich wieder „nach Hause“ geht, sie hätte doch in diesem Land hier nichts zu suchen.

Wie können die Erzieher*innen mit so etwas umgehen?

Sie versuchen zunächst herauszufinden, woher die Kinder so etwas mitbringen. Wird ihnen so eine Ideologie zu Hause vermittelt? Und falls sich das



Fachstelle
Rechtsextremismus
und Familie

Wenn die eigenen Kinder oder junge nahe Angehörige in die rechtsextreme Szene geraten, stehen die Familien meist ratlos und überfordert der Problematik gegenüber. Insbesondere junge Menschen fühlen sich häufig von den Identifikationsangeboten der rechten Szene angesprochen. Für Eltern ist dieses Eintauchen in die Szene oft kaum aushaltbar: Sie wissen nicht, wie sie darauf

reagieren sollen und vor allem, wo sie kompetente Hilfe bekommen. Aber auch Fachkräfte in pädagogischen Settings sehen sich zunehmend mit rechtsextremen oder rechtspopulistischen Äußerungen und Akteur*innen konfrontiert. Sie wissen häufig nicht, wie adäquat reagiert werden kann. Die Fachstelle steht in diesem Zusammenhang für eine professionelle Begleitung zur Verfügung.

WAS WIR BIETEN:

Informationen, Materialien, Beratung, Qualifizierung, Weiterbildung, Fachvorträge, Unterstützung beim Aufbau regionaler Beratungsangebote und Unterstützung bei der Institutionalisierung von Beratungsangeboten. Innerhalb der Fachstelle Rechtsextremismus und Familie haben betroffene

Eltern und Angehörige sowie Professionelle in den pädagogischen Feldern die Möglichkeit, kompetente Beratung vor Ort zu erhalten. Sprechen Sie uns gerne an, ihre Anfragen werden selbstverständlich vertraulich behandelt. Sie können uns eine Mail schreiben oder auch telefonisch erreichen. Falls Sie uns nicht direkt erreichen, rufen wir Sie gerne zurück.

Kontakt

Lisa Hempel: Tel. 0421-69272-13
oder E-Mail: hempel@lidicehaus.de
Oliver Guth: Tel. 0421-69272-19
oder E-Mail: guth@lidicehaus.de

<https://rechtsextremismus-und-familie.de/>

erhärten, fühlen sich die Fachkräfte oft überfordert und wenden sich an uns, um Hilfe zu bekommen.

Was raten Sie ihnen?

Bei Gesprächen mit Eltern von Kindern, die in solcher Weise auffällig geworden sind, gilt es zunächst herauszufinden, wie tief sie in rechtsextreme Zusammenhänge eingebunden sind. Wenn es sich um Kader handelt, ob männliche oder weibliche, wird es sehr schwierig sein zu argumentieren, denn diese sind in aller Regel sehr gut geschult. Wir raten den Fachkräften dazu, sich auf zuvor mit der Leitung und dem Träger abgestimmte Leitbilder zu berufen und klar und deutlich zu positionieren: „Wir orientieren uns an einem demokratischen Leitbild. Wir treten für menschenrechtsorientierte Werte ein und stehen dafür, dass alle Menschen gleichberechtigt sind.“ Sie sollten deutlich machen, dass rechtsextremistische, antisemitische, sexistische und homophobe Einstellungen in den Einrichtungen des jeweiligen Trägers keinen Platz haben. Die

Berufung auf ein offizielles Leitbild schützt die Kolleg*innen, so dass sie in direkten Konfrontationen mit rechtsextremen Eltern nicht dazu gezwungen sind, persönlich politisch argumentieren zu müssen. Unsere Fachstelle hilft auch bei der Formulierung solcher Leitbilder.

Sie erwähnen den Schutz der Fachkräfte – müssen aber nicht auch möglicherweise Mitbetroffene menschenverachtender Äußerungen oder Verhaltensweisen geschützt werden?

Ja natürlich. Denn wenn „schwarze“ Puppen hingrichtet, „jüdische“ vergast oder dunkelhäutige Mitarbeiter*innen des Landes „verwiesen“ werden, sind alle Kinder betroffen, auch wenn sie so etwas nur mitbekommen – aber besonders, wenn sie die stigmatisierten Charakteristiken teilen. Das kann nachhaltige Folgen haben und sogar Traumatisierungen nach sich ziehen. Kinder vor Diskriminierungserfahrungen zu schützen muss in pädagogischen Einrichtungen oberstes Gebot sein.

Was sollten Pädagog*innen tun, um zu verhindern, dass rechtsextreme Erziehung dem Kindeswohl schadet?

Die Frage, ob eine neonazistische Erziehung das Kindeswohl gefährdet, ist nicht so ganz einfach zu beantworten. Wir haben ja hierzulande – glücklicherweise – kein Gesinnungsstrafrecht. Und man kann auch nicht sagen, dass Neonazis per se schlechte Eltern sind. Trotzdem erziehen sie ihre Kinder in einer demokratiefeindlichen und menschenfeindlichen Ideologie. Das kann sehr problematisch werden für die Kinder, wenn sie zum Beispiel in sehr abgeschotteten, fast sektenähnlichen völkischen Siedlungen aufwachsen und dann auf Regelstrukturen treffen, die völlig andere Werte vermitteln. So entstehen Loyalitätskonflikte, die ein Kind innerlich zerreißen können. Das bietet auch einen Ansatz für Pädagog*innen, in Gesprächen mit rechtsextremen Eltern hierauf hinzuweisen.



Unser Ziel ist es, die Demokratie zu stärken.

Dafür ist es unerlässlich, sich Rechtsextremismus entgegenzustellen unabhängig davon, auf welche Art und Weise er auftritt.

Situationen, bei denen es ratsam sein kann, die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus einzuschalten:

- Eine Jugendclique versucht, andere Jugendliche in der Schule oder im Jugendzentrum durch rechte Sprüche einzuschüchtern.
- Rechtsextreme Akteure bemühen sich, in einer Kommune eine Immobilie zu erwerben.
- Friedhöfe und Gedenkstätten werden geschändet und mit rechten Parolen beschmiert.
- Rechte Gruppierungen melden in einer Kommune Demonstrationen an.
- Im Stadtviertel oder im Dorf tauchen immer wieder rechte Aufkleber, Plakate und Schmierereien auf.
- Rechte Gruppierungen verteilen Flugblätter und sprechen gezielt Jugendliche an.
- Vor Schulen werden CDs mit rechter Musik und/oder Schülerzeitungen mit rechtem Inhalt verteilt.
- In einer Kommune entstehen „Angstzonen“, es kommt immer wieder zur Gewalt gegenüber Menschen, die nicht in das Weltbild der Rechtsextremisten passen.
- Eine rechte Gruppe tritt im Rat einer Stadt auf

und nutzt diesen als Bühne.

- Eine Person oder Gruppe fühlt sich durch Rechtsextremisten bedroht.

Tritt eine solche Situation in Ihrem Umfeld auf, bitten wir Sie darum, mit uns Kontakt aufzunehmen. In NRW existieren fünf Mobile Beratungsteams, die jeweils für einen der fünf Regierungsbezirke (Düsseldorf, Köln, Arnsberg, Münster, Detmold) zuständig sind.

Die Mobile Beratung leistet Hilfe zur Selbsthilfe und versucht, die vor Ort vorhandenen Ressourcen zu aktivieren und zu vernetzen, um langfristige Wirkungen gegen rechtsextreme Einstellungen und Handlungen zu erzielen. Dafür bieten wir zum Beispiel Seminare an und helfen dabei, Akteur*innen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren, miteinander zu verbinden.

Des Weiteren analysieren und dokumentieren wir fortlaufend rechtsextremistische Vorkommnisse und Strukturen in den Regierungsbezirken und sensibilisieren hinsichtlich der problematischen Entwicklung rechtsextremistischer Einstellungen – explizit auch in der sogenannten „Mitte der Gesellschaft“ – in der Region, aber auch in NRW und bundesweit.

Weitere Infos unter:

<https://www.mobile-beratung-nrw.de>



Von der MBR begleitete Protestaktion gegen einen Thor Steinar-Laden in Berlin-Friedrichshain, Foto: MBR Berlin

Ansonsten kann man nur versuchen, die Kinder zu stärken und ihnen etwas anderes vorzuleben.

Gibt es besondere Gesprächsmethoden, die Erzieher*innen bei rechtsextremen Äußerungen von Eltern anwenden können?

Ja, wir haben zum Beispiel gute Erfahrungen mit der Strategie „Macht der Frage“. Wenn rassistische Aussagen kommen, kann man ganz klar nachfragen: „Verstehe ich Sie da richtig?“ „Ist Ihnen die Bedeutung dieses Wortes bewusst?“. Bei typischen alltagsrassistischen Äußerungen wie „Die ganzen Ausländer hier nehmen uns die Frauen weg“, „Man wird hier nur überfallen von diesen Ausländern, die beklauen einen nur“ etc. sind Nachfragen angebracht wie: „Ist Ihnen das schon einmal passiert?“

Allerdings besteht bei dieser Methode die Gefahr, dass man sich eventuell in Endlosschleifen begibt und immer weiter in solchen menschenverachten-

den Statements verheddert. Ich würde bevorzugt klare Gesprächsregeln vereinbaren. So kann man etwa bestimmte Schlüsselbegriffe, die in der rechtsextremen Szene gängig sind, ausschließen: „Volksgemeinschaft“, „Überfremdung“ usw. Ausschließende und beleidigende Begriffe sollten in der betreffenden Einrichtung nicht verwendet werden. „Jede Form von menschenverachtenden Botschaften oder auch Symbolik bitte ich Sie zu unterlassen“, könnte die Ansage lauten.

Wie können Fachkräfte, die sich im Umgang mit Rechtsextremismus unsicher fühlen, geschult und bestärkt werden?

In jedem Bundesland bieten die Mobilen Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus Fortbildungen an. Am besten wirken sie, wenn das ganze Team gemeinsam mit der Leitung daran teilnimmt. Allerdings stellen wir des Öfteren eine gewisse Zurückhaltung bei den Leitungskräften

fest. Sie befürchten zuweilen, ihre Einrichtung könnte in den Ruf kommen, es gäbe da ein Problem mit Neonazis.

Haben Sie den Eindruck, dass rechtsextreme Ideologien in den Familien vermehrt auftreten?

Ja, das beobachten wir in den letzten zwei Jahren auf alle Fälle. Der gesellschaftliche Diskurs hat sich deutlich nach rechts verschoben. Es ist wieder legitim geworden, sich menschenverachtend zu äußern. Bei Familienfesten, an Stammtischen erlebt man es, dass Leute sich wieder trauen, rassistische, sexistische, homophobe, antisemitische Sprüche von sich zu geben. Und das spüren wir auch in unseren pädagogischen Einrichtungen.

ANDREA RÖPKE

Geboren für die nationale „Volksgemeinschaft“

RECHTSEXTREME ELTERN UND IHR NACHWUCHS

Der kleine „Eorich Oswald“ wurde seinen Eltern zufolge am „31. Heuert 3818 n.St.“ geboren. Die Geburtsanzeige für ihren vierten Sohn gaben sie in einer rechten Zeitung auf. Das Inserat ziert eine „Lebensrunne“ sowie die in altdeutscher Schrift gehaltene Zeile:

„Siegen und Sorgen gestern Gewesener dankst du dein Dasein“. Völkisch-nationalistische Familien verkünden die Geburt eines Kindes gerne in einem Kodex, der für das Urdeutsche stehen soll. So sind „Lebens-“ und „Todesrunne“ Teile des altnordischen Runenalphabets. Auch die Angabe zum Tag der Geburt des Babys entspricht germanischer Symbolik, sie steht für den 31. Juli 2018. „Heuert“ war in Frühzeiten vor der Umbenennung durch die Römer die Bezeichnung für den Heumonats Juli. Und schließlich: „n.St.“ steht für „nach Stonehenge“. Hier wird Bezug genommen auf den berühmten Steinkreis in Großbritannien, dessen Errichtung als besondere Leistung nordischer Vorfahren gilt. Neonazistische und völkische Nationalisten erheben Heidentum und Naturreligion germanischer Vorfahren zum wichtigen kulturellen Erbe des deutschen Volkes. Das Christentum wird in zahlreichen Familien, die sich einer homogenen deutschen „Volksgemeinschaft“ zugehörig fühlen, strikt abgelehnt.

DER NAME ALS PFLICHT

Geburtsanzeigen wie die für „Eorich Oswald“ signalisieren: Hier wächst ein Kind heran, dem von Geburt an eine Verpflichtung für die nationale Gemeinschaft auferlegt wird. Die politische Indoktrination beginnt bereits mit der Namenswahl, der soll unbedingt nord- oder mitteleuropäischen Ursprungs sein. Namen wie Irmhild, Helrun, Friedhelm, Gerlind, Meinolf, Thoralf, Nordulf oder Birkhild entsprechen einer Logik, die besagt: „Deutschen Kindern deutsche Namen“. „Der Name kündigt an, was ein Kind sein wird, indem es ihm die moralische Pflicht auferlegt, es zu werden“, heißt es auf der Homepage einer der vielen extrem rechten Gruppen, die sich wie die „Artgemeinschaft – Germanische Glaubensgemeinschaft“ zu einer Ungleichwertigkeit von Menschen bekennen.

Die völkische Szene mit ihren „Sippen“-Verbänden kennzeichnet nicht nur ein nationalistisches Elitedenken, sondern vor allem die Ablehnung von Artikel 1 des Grundgesetzes. So ist bezogen auf Menschenwürde und Menschenrechte von einer „lebenswidrigen Utopie der Gleichheit“ die Rede, die ihre Antwort in einer Weltanschauung finden soll, „deren Grundlage die Wirklichkeit der gesetzmäßigen Ordnung des gesamten Lebens ist“. Sätze

wie diese wurden jahrelang auch von einer Erziehungsorganisation mit dem Namen „Heimattreue Deutsche Jugend“ (HDJ) verbreitet, die 2009 wegen ihrer Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus verboten wurde. Ihre Mitglieder gehören weitläufigen Familienzusammenschlüssen an, deren Ideologie sich heute sogar in den Reihen von „Identitärer Bewegung“ und der „Alternative für Deutschland“ (AfD) wiederfindet. So könne die „Vielfalt gewachsener Kulturen“ nur erhalten bleiben, wenn „jedes Volk seine Eigenart in Erscheinung und Substanz bewahre“, hieß es im „Funkenflug“ (2/2005), dem Organ der HDJ. Aus dem „Blutserbe“ und der „Verteidigung unseres geistlich-sittlichen Kerns“ entwickle ein Volk seine Kultur.

ROLLENZWANG

Die Bedeutung von Familie ist politisch aufgeladen, sie gilt als „kleinste politische Einheit“.

Ein biologistisches Weltbild herrscht vor: Die Geburt entscheidet über die Rollenzuweisung. Kinder werden geschlechtsspezifisch geformt: Plakativ gesagt, haben Mädchen fürsorgliche Mütter und Jungen mutige Kämpfer zu werden. Das Leben betroffener Kinder ist von klein auf dazu bestimmt, das „kulturelle Erbe“ deutschen Volkstums zu wahren. Keinesfalls ausgeklammert aus dem propagierten Vermächtnis der Ahnen werden das „Deutsche Reich“ und die nationalsozialistische Terrorherrschaft. Dessen Heldenkult wird ebenso wie die Lieder von NS-Dichtern wie Hans Baumann an die nächsten Generationen weitergegeben. Betroffene Jugendliche verehren anti-aufklärerische nationale Dichter wie Theodor Körner oder Ernst Moritz Arndt oder besuchen den Gedenkstein für Heide-Dichter Hermann Löns,

Fotos auf S. 7–9:
Neonazitreffen
„Eichsfeldtag“ 2018
am 1.9.2018,
© recherche-nord



dem Verfasser des kämpferischen Bauernromans „Der Wehrwolf“.

ZIEL: VERBREITUNG RECHTER IDEOLOGIE

Tausende Kinder wachsen in Deutschland in autoritären Familienverbänden auf, die sich „im Widerstand gegen das System“ wähnen. „Deutschland, Deutschland über alles“ ist für diese Gemeinschaften nicht nur eine Floskel in einem Lied, sondern stellt einen politischen Lebensgrundsatz dar. Frühzeitig wird von den Kindern ein Spagat verlangt: sich der Lebenswelt der familiären Autoritäten unterzuordnen, aber auch in der modernen Gesellschaft gut zu funktionieren. Polizeieinsätze und Hausdurchsuchungen in den elterlichen Häusern und Höfen gehören nicht selten schon zum kleinkindlichen Erleben. In rechten Bünden und nationalistischen Organisationen sollen sie dann als Jugendliche unter Gleichgesinnten Stärkung finden. Kinder reifen zu Mitverschwörern heran. „Am Ende ist die Familie die engste Bande, die treueste Gang und das vertrauteste Widerstandsnest“, heißt es 2017 in dem Buch „Kontrakultur“ der „Identitären Bewegung“ in Deutschland. „Wer frühzeitig den Drill wie in der HDJ erlebte, gilt als politisch gefestigt und ist für den Nationalisten-Aktionismus besonders geeignet“, erklärt der Politologe Gideon Botsch, Leiter der Forschungsstelle Antisemitismus und Rechtsextremismus an der Universität Potsdam. Doch nicht nur die „Heimattreue Deutsche

Jugend“, auch vermeintlich harmlose Bünde wie der „Sturmvogel – Deutscher Jugendbund“ oder „Der Freibund e.V.“ liefern oft „eine umfassende Schulung, die eine ideologische Festigung nach sich zieht“, warnt Botsch und weist darauf hin, dass es darum gehe, Kinder und Jugendliche gegen die demokratische, weltoffene Gesellschaft zu immunisieren. Die pädagogische Arbeit dieser Gruppen ist nicht ausschließlich auf den eigenen Nachwuchs gerichtet, sondern auf das ganze Volk. Aus der Verbotsverfügung des Bundesinnenministeriums in Berlin gegen die HDJ geht hervor, dass eine kompromisslose Verbreitung ihrer Ideologie geplant war. Es gab demnach einen „eindeutigen Appell“, der besagte, „in Schule, Ausbildung, Studium und Beruf mit Ehrgeiz und Ausdauer entscheidende Positionen zu besetzen“.

RECHTE ÖKOS!

Es gibt bundesweit zahlreiche entlegene Ansiedlungen, in denen Sympathisanten dieser Szene Anwesen und Bauernhöfe erworben haben. Die genaue Zahl ist unbekannt, geschätzt werden rund tausend. Ihr Ziel ist es, nach und nach an Einfluss im vorpolitischen Bereich zu gewinnen. Schwerpunktgebiete bestehen bereits in Mecklenburg-Vorpommern und in Niedersachsen. Rechte Eltern unterwandern Kindergärten, Schulen und Vereine. Von „nationaler Landnahme“ ist intern die Rede. „Fernab von Anonymität und Multikulti-Re-

alität in vielen deutschen Großstädten lässt sich auf dem Land unter Gleichen wirtschaften, leben“, heißt es aktuell unter der Schlagzeile „Pioniere gesucht“ bei dem „Projekt Landraum“ der AfD-nahen „Ein Prozent“-Bewegung. Auch in Städten gibt es Bemühungen, in unmittelbarer Nähe zueinander zu wohnen und so Gemeinschaften „abseits des Mainstreams“ zu bilden. Anhänger völkischer Ideologien werden oft aufgrund von Kleidung, antimoderner Lebensweise sowie dem Betreiben von Viehzucht, Forst- oder Landwirtschaft als „Ökos“ angesehen. Eine „Revolt gegen die moderne Welt“ propagierte bereits der 1974 verstorbene italienische Philosoph Julius Evola, dessen Schriften rechte Vordenker längst aufgriffen. Merkmale extrem rechter „Sippen“ sind aber nicht nur eine rückwärts-gewandte Lebensweise, Zivilisationskritik gepaart mit Blut- und Boden-Ideologie, sondern vor allem Antisemitismus und Elitedenken.

STRENGE KINDERERZIEHUNG

Auffällig sind strenge Hierarchien und starke Reglementierungen innerhalb der Familien. Nicht selten ist Kindern der Gebrauch sogenannter „Fremdwörter“ verboten, zuhause heißen T-Shirts dann „T-Hemden“, das Internet „Weltnetz“ und Homepages „Heimatseiten“. Fernseher oder Computer werden als „Elektrojuden“ bezeichnet. Heidrun Benneckenstein hat es in ihrer Kindheit erlebt. Ein-drucksvoll rechnet die Szene-Aussteigerin in ihrem



Buch „Ein deutsches Mädchen“ mit der Familie ab, in der sie aufwuchs. „Wir sagen nicht Handy, wir sagen Handtelefon“, schreibt sie. „Mein Vater trat auf wie ein Oberbefehlshaber. Als wären wir nicht seine Töchter, sondern Soldaten, denen er Kommandos geben kann.“ Die junge Frau wuchs in Bayern und Sachsen auf. Den Kontakt zu Vater, Stiefmutter und Schwestern hat sie abgebrochen. Sie erinnert sich: Aus jeder noch so banalen Angelegenheit machte der Vater einen Wettkampf. „Immer ging es um Leistung, Sieg oder Niederlage, Triumph oder Schmach“. Die junge Frau berichtet auch von Tabus wie häuslicher Gewalt. In den Zeltlagern und bei den „Fahrten“ der HDJ wurde sie weiter radikalisiert. Wichtiger Bestandteil der Pädagogik seien Feindbilder gewesen, dazu zählten Juden, das „Großkapital“, Linke und Ausländer. Hass und Angst hätten einen Großteil ihres Heranwachsens bestimmt.

Doch Kinder aus völkisch-nationalistischen Familien fallen auch durch besondere klassische und musikalische Bildung auf, hinter denen sich oft viel Ehrgeiz der Eltern verbirgt. Sie bringen schulische Bestnoten nach Hause und spielen häufig mehrere Instrumente. Die Pädagogin einer freien Einrichtung lobt: „Mit diesen Kindern gibt es überhaupt keinen Ärger, sie sind angepasst und gehorchen.“ Attraktiv für rechte Eltern sind vor allem selbstverwaltete pädagogische Einrichtungen mit viel Mitspracherecht, niedrigem Ausländeranteil und viel Naturbezug. Rückmeldungen betroffener Eltern und Pädagogen gleichen sich. Gemeinsames Spiel mit Kindern aus eingewanderten Familien wird oft abgelehnt. Auch schweigt der Nachwuchs oft in Montagsrunden, wenn es um Erlebnisse vom vergangenen Wochenende geht. Kinder aus rechten Kreisen malen Hakenkreuze und erklären selbstbewusst, das hätten die Eltern erlaubt, da es nur Runen seien. Sie kennen den Namen des Konzentrationslagers Auschwitz und stellen dessen Existenz ebenso wie den Holocaust in Frage. Sie beschimpfen Gleichaltrige als „Juden“.

DAS GESCHÄFT MIT DEN ZAHLEN

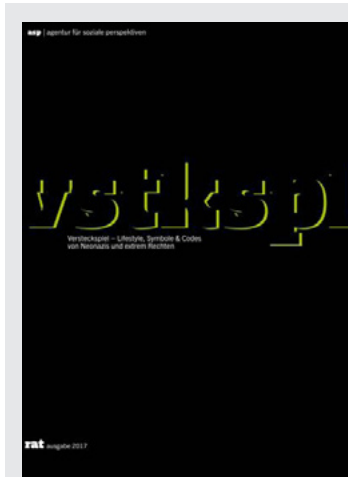
Aufklärung ist wichtig, denn bei der Beeinflussung rechten Nachwuchses mischen inzwischen auch eine Vielzahl neonazistischer Geschäftsmacher mit. So gab es im „WB Versand“ des Thüringer NPD-Chefs Thorsten Heise ein Buch über deutsche Volksmärchen, die „keinesfalls für Toleranz“, sondern für „persönlichen Mut“ stehen. Das Buch „Nicht nur ein Märchen“ wurde mit dem Zusatz beworben: „In der



Welt herrscht ständiger Kampf zwischen Gut und Böse. Unsere Aufgabe ist es nicht, den Kampf abzuschaffen, sondern ihn zu bestehen.“ Spielerisch wird Kindern Ideologie beigebracht. Begehrte in einschlägigen Kreisen ist daher das Puzzle mit 1000 Teilen und dem Titel „Deutschland in den Grenzen von 1937“. Es ist im neonazistischen „Pommerschen Buchdienst“ erhältlich. Kinder lernen konträr zur demokratischen Schulbildung, welche ehemaligen Reichsgebiete aus der Sicht von Eltern und Großeltern noch zu Deutschland gehören.

Während in bündischen und völkischen Kreisen viel Wert auf einfache, unprätentiöse Kleidung aus Naturmaterialien gelegt wird, setzen Eltern

aus NPD-Umfeld und Kameradschaftsmilieu eher auf Provokation – auch bei den Kindern. Die tragen dann T-Shirts mit dem Zahlencode „28“ für die verbotene Organisation „Blood & Honour“ oder ein Eisernes Kreuz. Die Zahl 2 steht für den zweiten Buchstaben des Alphabets, die Zahl 8 für das „H“. Eine „88“, die immer wieder in Preisen und Produkten auftaucht, dient als Code für „Heil Hitler“. Besonders begehrt ist ein Motiv der Firma „Druck18“ aus dem thüringischen Kloster Veßra für sage und schreibe 14,88 Euro, es trägt den Titel eines Liedes der verbotenen Berliner Band „Landser“ und heißt: „Arisches Kind“.



Rechte Symbole erkennen

Extrem Rechte bewegen sich gern undercover. Da kann es hilfreich sein, wenn man ihre Codes und Symbole kennt. Das Team NinA NRW hat auf seiner Website nina-nrw.de/wordpress/wp-content/uploads/2017/02/Aufgedeckt4.pdf 50 rechte Symbole veröffentlicht, neben der recht bekannten Zahlenkombination 88 für „Heil Hitler“ (8 steht für H, den achten Buchstaben im Alphabet) viele weitere Icons.

Die Broschüre „Das Versteckspiel“, herausgegeben von der Agentur für Soziale Perspektiven ASP, stellt auf über 80 Seiten Symbole, Codes und Lifestyle von Neonazis und extrem Rechten in Bildern und kurzen Texten dar. Die Symbole werden sie so gezeigt, wie sie im Alltag vorkommen: als Transparent oder Tattoo, auf Aschenbecher, T-Shirt oder Aufkleber, als CD-Cover oder Flugblatt. Auf jugendkulturelle Codes wird ebenso eingegangen wie auf Zahlenkombinationen, mit denen strafrechtlich relevante Begriffe, Grußformeln oder Organisationszeichen verschlüsselt werden. <https://dasversteckspiel.de>

Die Autorin Andrea Röpke empfiehlt für die Kitapaxis die Broschüre „Ene, mene, muh – und raus bist du! Ungleichwertigkeit und frühkindliche Pädagogik“ der Amadeu Antonio Stiftung, Fachstelle Gender, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) und Rechtsextremismus
https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/kita_internet_2018.pdf

Ene, mene, muh – und raus bist du! Ungleichwertigkeit und frühkindliche Pädagogik

„Die Vorstellung, dass Menschen nicht gleichwertig sind, ist die Grundlage für Abwertungen und das ideologische Fundament extrem rechter Haltungen. Auch im Arbeitsfeld der Kindertagesbetreuung spielen Vorstellungen von Ungleichwertigkeit bereits eine Rolle, in Diskussionen im Team, in der Arbeit mit Eltern, aber auch in der frühkindlichen Pädagogik. Abwertungen und Ausschlüsse verhindern einen gleichwertigen Zugang zu Bildung und gesellschaftlicher Teilhabe für alle Kinder. Mit die-

ser Handreichung wollen wir Hinweise dafür geben und aufzeigen, wie im Arbeitsfeld Kindertagesbetreuung gegen Demokratie- und Menschenfeindlichkeit, gegen Abwertungen und Rechtsextremismus gehandelt werden kann.“

Inhalt:

- Kindertagesbetreuung in Zeiten rechtspopulistischer Mobilisierungen
- Fallanalysen und Handlungsmöglichkeiten in der Praxis
- Handlungsempfehlungen aus unserer Arbeit
- Perspektiven: * Kindern Entwicklungsmöglichkeiten eröffnen * Antirassistisches Handeln in der frühkindlichen Bildung * Kindeswohl und Kinderrechte * Vorurteilsbewusste Erziehung * Elternarbeit zwischen Wertschätzung und Positionierung * Für Empowerment und Diversität – die jüdische Kita Tamar

Bestellung Print:

netzwerke@amadeu-antonio-stiftung.de



Die Diplom-Politologin Andrea Röpke ist Buchautorin und freie Journalistin mit dem Themenschwerpunkt Rechtsextremismus. Sie arbeitet u.a. für „Panorama“, „Fakt“ und „Spiegel TV“, ihre Texte veröffentlicht sie in der „taz“, im „Spiegel“, der „Süddeutschen Zeitung“, im „Focus“ und im „Stern“. Andrea Röpke wurde für ihre journalistische Arbeit vielfältig ausgezeichnet, u.a. mit dem Otto-Brenner-Preis, dem Leuchtturm-Preis des Netzwerks Recherche, dem Paul-Spiegel-Preis des Zentralrats der Juden und als „Reporterin des Jahres“, und „Journalistin des Jahres“. Unter anderem hat sie das **Jahrbuch rechte Gewalt 2018 – Chronik des Hasses** veröffentlicht.

„Der rechte Mob macht mobil. Und Rechtsradikalismus ist heute längst nicht mehr verpönt. Seit Jahren nehmen Rassismus und Gewalttaten durch rechtsextreme Täter bundesweit zu, mit der Zuwanderung Tausender von Flüchtlingen ist sie geradezu explodiert. Das ‚Jahrbuch rechte Gewalt‘ versammelt in einer umfassenden Chronik alle Ge-

waltverbrechen mit rechtsradikalem Hintergrund, dokumentiert einzelne Fälle und Täter in Reportagen und Porträts, leuchtet Vorgehensweisen, Tätergruppen, lokale Schwerpunkte und Tendenzen in Hintergrundberichten und Analysen aus. Andrea Röpkes aufrüttelnde Chronik über den Rechtsextremismus in Deutschland ist ein konkurrenzloses Desiderat für politisch Interessierte, Besorgte und die wachsende Zahl sich in Flüchtlings-Hilfen und sozialen Projekten engagierende Bürger. Im Jahrbuch 2018 nimmt sie mit analytischen Reportagen unter anderem gefährliche Gruppen wie die Reichsbürgerbewegung unter die Lupe, außerdem das wachsende Graufeld von rechtsradikaler Gewalt und Rockerkriminalität und den Düsseldorfer Wehrhahn-Anschlag.“

<https://www.droemer-knaur.de/buch/9412556/2018-jahrbuch-rechte-gewalt>

Wer sind sie?

„Aussteiger*innen“ aus der rechtsextremen Szene

Ja, es stimmt: Rechtsextremismus nimmt europaweit und auch hierzulande zu. Es gibt allerdings auch immer wieder sogenannte Aussteiger*innen. Wer sich von rechtsextremen Organisationen angezogen fühlt und welche Erfahrungen dazu beitragen, dass Mitglieder solcher Gruppen sich wieder abwenden, hat die Soziologin und Biografieforscherin Johanna Sigl, wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Leuphana Universität Lüneburg, untersucht. Auf Einladung der Beratungsstelle NinA (Neue Wege in der Ausstiegsarbeit für rechtsextreme Jugendliche und Erwachsene NRW) stellte sie im Dezember 2018 in Recklinghausen Ergebnisse ihrer Dissertation zum Thema „Biografische Wandlungen ehemals organisierter Rechtsextremer“ vor. „Vielfalt“ war dort und vermittelt Einblicke in diese Untersuchung.

Zunächst bewertet Sigl den Begriff „Ausstieg“ ebenso kritisch wie den des „Rechtsextremismus“. Beide legen nahe, es existierten in der Gesellschaft zwei deutlich unterschiedene soziale Sphären: hier die Mehrheitsgesellschaft, dort die rechtsextremen Szenen. Das ist allerdings nicht unbedingt zutreffend, befindet Sigl. So haben gerade Frauen, die in rechtsextremen Organisationen aktiv sind, ihr Leben oft nicht komplett von der restlichen Gesellschaft losgelöst. Vielmehr existieren viele Verknüpfungen in die Alltagswelt. Auch bedarf es laut Sigl der Differenzierung: „Es ist schließlich ein Unterschied, ob jemand zur NPD geht oder bei völkischen Siedlern einsteigt oder bei den schlagenden Skinheads.“ Dennoch verwendet auch Sigl die üblich gewordenen Begriffe. Dabei solle man jedoch deren Problematik im Hinterkopf behalten. Ebenfalls problematisch zu sehen, stellt sie aufgrund ihrer Untersuchung von Lebensgeschich-

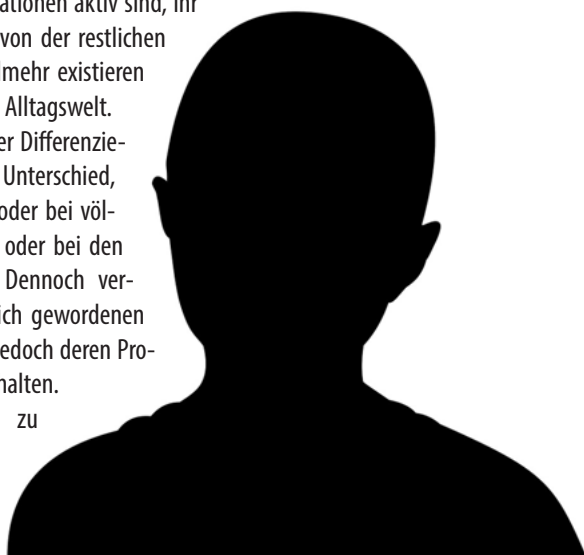
ten ehemals organisierter Rechtsextremer fest, ist deren eigene Perspektive auf den Ausstieg als punktuell Ereignis. Es handelt sich ja meist um längere Prozesse sowohl der Zuwendung zu rechtsextremen Szenen wie auch der Distanzierung davon. Mit der Methode des „narrativen Interviews“, bei dem die Lebens- und Familiengeschichte des oder der Interviewten im Mittelpunkt steht, fand die Biografieforscherin heraus: Sowohl der Einstieg in die rechtsextreme Szene als auch der „Ausstieg“ wird von den Betroffenen gern entpolitisiert und subjektiviert. Beispielhaft zitiert sie aus einem Interview: „Man ist da mal mitgegangen, und irgendwann war man dann Teil davon.“ Gesellschaftliche Rahmenbedingungen bleiben so außen vor. Daher warnt Johanna Sigl davor, bei Bildungsveranstaltungen mit Ausgestiegenen unreflektiert deren individuellen Blick zu übernehmen. Häufig würden bei Veranstaltungen mit Aussteiger*innen diese nicht nur als Expert*innen ihrer eigenen Biografie, sondern auch für die rechtsextreme Szene wahrgenommen. Auch würden allzu leicht eigene Defiziterfahrungen in Kindheit und Jugend von (sozial-)pädagogischen Fachkräften auf

die Erlebnisswelt der Aussteiger*innen übertragen. Sigl plädiert für einen kritisch professionellen Blick auf jede neue Geschichte. Ihr „rekonstruktiver Ansatz“ versucht den Einzelfall nachzuvollziehen, um dem Bedrohungspotential des Rechtsextremismus etwas entgegenzusetzen zu können.

Zwar ist in den von Sigl erhobenen Fallgeschichten regelmäßig eine unsichere Elternbindung zutage getreten. Allerdings, stellt sie fest, sei dies nicht nur bei Rechtsextremismus zu beobachten, sondern auch bei vielen anderen Problematiken wie beispielsweise regelmäßig auch in Missbrauchsfällen. Zu beachten seien auch individuelle Resilienzen, das heißt, eine psychische Widerstandsfähigkeit.

Eine prominente Rolle spielten in den von ihr untersuchten Fallbeispielen die jeweiligen Familiengeschichten. Dabei unterscheidet Sigl hinsichtlich der Zu- und Abwendung zu rechtsextremen Szenen ihrer Interviewpartner*innen (Biograf*innen) drei typische Verlaufsformen.

Verlauf eins beschreibt Biograf*innen, die von einer nationalsozialistischen familiären Ideologie geprägt sind. Dabei gewannen sie als Kinder Anerkennung in der Herkunftsfamilie für rechtsextreme Äußerungen und Verhaltensweisen und in der Folge in rechtsextremen sozialen Zusammenhängen. Aus dem positiven Bezug auf NS-Werte entwickelt sich eine rechtsextreme Praxis, die dem „intergenerationellen Auftrag“ gerecht wird. Die Distanz beginnt dann, wenn diese Sicht und die zugehörigen Handlungsmuster unter professioneller Begleitung reflektiert und in Frage gestellt werden. Die Entfernung von der Szene geht mit der Distanzierung von der Herkunftsfamilie einher. Dabei ist es wichtig, neue soziale Orte zu finden, an denen eine



gesellschaftliche Konsolidierung möglich ist. Denn schulische Leistung und Zukunftsaussichten spielen in der Szene keine Rolle. Dort haben viele keinen Schulabschluss, werden aber trotzdem geschätzt. Ein „Aussteiger“ berichtete: „So langsam wurde mir bewusst, dass ich mit meiner Tätigkeit und meinem Verhalten, mit meiner Einstellung mein Leben auf langfristige Sicht schädigen kann.“ Es findet eine Abwertung der eigenen Familie statt zugunsten einer vollständigen biografischen Transformation.

In der zweiten Verlaufsform distanzieren sich die Biograf*innen auf der ideologischen Ebene unter gleichzeitiger Beibehaltung zentraler Handlungsmuster. Es gab autoritäre Familienstrukturen, heftige Konflikte, die eher mit Gewalt als argumentativ ausgetragen wurden, und unsichere Bindungsbeziehungen. Die Eltern pflegten einen vermeidenden Umgang mit ihrer rechten Familiengeschichte. Die Biograf*innen spürten das Bedürfnis, diese zu thematisieren. Sie wandten sich in der Pubertät der extremen Rechten zu, distanzieren sich dann später von deren Ideologie. Dabei blieb unbearbeitet, welche sinnstiftenden Identitätsangebote der Rechtsextremismus mit der zugehörigen sozialen

Praxis ihnen geliefert hatte. Ein Vertreter dieser Gruppe landete bei einer Ultra-Gruppierung, wo er ein enges Zugehörigkeitsgefühl verbunden mit gewalttätigen Handlungsmustern ausleben konnte – eine partielle biografische Wandlung.

Im Verlauf drei brechen die Biograf*innen mit der rechtsextremen Szene allein auf der Handlungsebene, nachdem sie sich zunächst in einer rechtsextremen Jugendkultur in einer dominierenden Rolle erlebt und so eine Selbstaufwertung erfahren haben. Später wird die rechtsextreme Szene als Ort, an dem man die eigenen biografischen Vorstellungen realisieren kann, fraglich. Es findet ein Disengagement, aber keine Deradikalisierung statt. Zwar wird das Verhalten verändert, aber der Bruch mit der rechtsextremen Szene erfolgt oberflächlich, weil sie zu viele Unzulänglichkeiten aufweist: „Immer nur dies Familiending, das ist nicht meine Sache“, klagt eine ausgestiegene Frau, „das ist mir ein bisschen zu primitiv.“ Für diesen Typus ist es denkbar, dass eine erneute Zuwendung zu einer rechtsextremen Organisation stattfindet, wenn diese in ihrer Präsentation und den Möglichkeiten, rechtsextrem zu leben, in Deutschland gesellschaftsfähiger wird.

Ob und wie diese Erkenntnisse aus der Biografie-forschung für die Ausstiegsberatung anzuwenden sind, erklärt Johanna Sigl:

„Nur wenn ich das Phänomen in seinem Entstehungs- und Bedeutungsgehalt begriffen habe, kann ich Interventionen und Handlungsangebote machen, die jemanden dort abholen, wo er sich befindet. Das ist das Gegenteil davon, Eigenes auf die professionelle Praxis zu übertragen.“ Eine Gesprächsführung, die weniger auf Argumentation als auf Erzählung des Erlebten aus ist, betont Sigl, eigne sich sehr gut als professionelle Haltung in der Ausstiegsberatung. Das erhöhe nicht nur Fremdverstehen, sondern „initiiert auch Selbstverstehensprozesse“. Die Biografieforscherin empfiehlt, „dass wir methodisch befremden, das heißt, erst einmal nicht davon auszugehen, dass wir wissen, mit was für einem Fall wir es zu tun haben, sondern jeden Beratungsfall neu zu erschließen.“ Dabei kommt es ihr darauf an, auch Aspekte von Demokratiebildung in solche Reflexionsprozesse einzubeziehen und auf alle Fälle eine menschenrechtsorientierte Haltung einzunehmen.

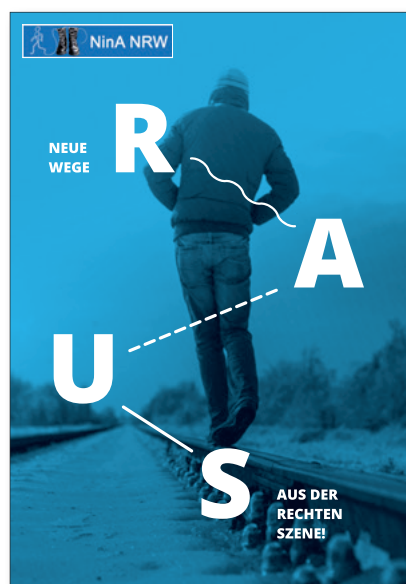


Johanna Sigl:
Lebenswege ehemals organisierter Rechtsextremer.
Eine biografieanalytische und geschlechterreflektierende
Untersuchung.

Verlag Springer VS, Edition Rechtsextremismus,
351 S., 49,99 €, als eBook 39,99 €

Das Buch kann gegen Bezahlung – auch kapitelweise –
aus dem Netz heruntergeladen werden unter

<https://www.springer.com/de/book/9783658215460>



**Ausstiegsberatung: Neue Wege in der Ausstiegsarbeit für
rechtsextreme Jugendliche und Erwachsene NRW (NINA NRW)**

„DU BRAUCHST RAT ... weil Du das Gefühl hast, Du kannst mit niemandem sprechen. Manchmal denkst Du, dass dir die Probleme über den Kopf wachsen und Du nicht weißt, wo Du anfangen sollst. Du hast keinen Bock mehr auf den ganzen Stress und fühlst Dich in Deinem Umfeld nicht mehr wohl. Du willst die rechte Szene hinter Dir lassen.“

<http://www.nina-nrw.de>

Arabischsprachige Eltern mischen mit

VON MARTINA SABRA

Ins Gespräch zu kommen wünschen sie sich, im direkten Austausch mit den Lehrkräften ihrer Kinder, genaue und zielführende Informationen über Bildungssystem und Schulformen und eine intensivere Sprachförderung vor allem für die Jugendlichen und jungen Erwachsenen – so die zentralen Ergebnisse des zweiten Werkstattgespräches von „Arab_El“ im Dezember 2018 in Köln. Zwei Dutzend arabischsprachige Eltern, Fachleute, Ehrenamtliche und Studierende waren auf Einladung der AWO Mittelrhein e.V. zusammengekommen, um über Bildungschancen und Perspektiven arabischsprachiger Kinder und Jugendlicher in Köln zu sprechen.

Die lebhafteste Diskussion machte deutlich, dass zwar viele Angebote existieren, dass diese aber oft nicht aufeinander abgestimmt und manche wichtigen Bedarfe trotz aller Bemühungen nicht gedeckt werden. Zum Beispiel die Kommunikation in der Schule: Mehrere Eltern kritisierten, dass kostenlose, geschulte Übersetzung bislang nur in besonders schwierigen Situationen möglich sei. „Wenn ein Kind in der Schule um sich schlägt, dann kommt zum Elterngespräch automatisch jemand für die Übersetzung“, sagte eine geflüchtete Mutter aus Syrien, die zwei Kinder (11 und 15 Jahre) auf Kölner Schulen hat. „Aber wenn wir am Elternabend oder Elternsprechtag teilnehmen wollen, dann gibt es keine Übersetzung. Wir haben im Deutschkurs schon viel gelernt, aber noch nicht genug, um solche Situationen zu bewältigen. Wir sitzen da und verstehen einfach nichts.“ Gülsen Dikbas vom Kommunalen Integrationszentrum (KI) versprach Abhilfe. „Die Stadt Köln und das KI können gemeinsam mit dem Sprachmittlerdienst BIKUP im Moment tatsächlich nur akute Krisensituationen abdecken“, sagte die Fachfrau, die beim KI Köln unter anderem für Interkulturelle Elternarbeit zuständig ist. „Aber wir arbeiten daran, ab 2019 mehr Sprachmittlung zu ermöglichen, damit die Lehrkräfte und Eltern miteinander kommunizieren können, bevor es überhaupt zu Krisen kommt oder diese eskalieren.“ Ein weiteres Diskussionsthema war die Situation jugendlicher Geflüchteter, die oft besonders hart kämpfen müssen, um in Deutschland noch den Anschluss zu finden. Betroffen sind vor allem die jetzt 15- bis 20-Jährigen, die im Herkunftsland kurz vor dem Schulabschluss standen oder die aufgrund der Flucht lange nicht in der Schule waren. Nicht nur die Eltern, auch die Bildungseinrichtungen sind teilweise unsicher, was ihre Rechte und die Zuständigkeiten angeht. „Unser Sohn hat die Real-

schule in Köln erfolgreich abgeschlossen und war mit 17 noch schulpflichtig“, erzählt ein syrischer Vater. „Er hat sich rechtzeitig bei einem Berufskolleg beworben, aber er stand nach den großen Ferien dennoch ohne Schulplatz da. Wie kann das sein?“ Auch effiziente Deutschförderung ist in dieser Altersgruppe immer wieder ein Problem. In den langen Sommerferien vergessen viele Jugendliche einen Teil ihrer Deutschkenntnisse wieder. Manche würden gern Sommerkurse besuchen, aber es gibt längst nicht genug Plätze. „Die meisten Förder- und Nachhilfeangebote, auch die in den Ferien, sind für jüngere Kinder konzipiert. Wir brauchen mehr und passgenaue Angebote“, sagte Sabine Dekant, die beim Kölner Solibund ehrenamtlich in der außerschulischen Förderung geflüchteter Kinder aktiv ist. Das Werkstattgespräch zeigte einmal mehr, dass viele geflüchtete arabischsprachige Eltern sehr engagiert sind, wenn es um die schulischen Belange ihrer Kinder geht. Allerdings gebe es Anzeichen, dass das Vertrauensverhältnis zu den Lehrkräften besser sein könnte, meinte Hannah Monninger, die an der Universität Köln im Rahmen eines studentischen Projektes zum Thema geforscht hat. Die Ergebnisse seien nicht repräsentativ, aber Handlungsbedarf sei erkennbar. „Mehr auf die Eltern zugehen, mehr aktive Vernetzung, auch um Eltern mit deutschem und nichtdeutschem Background zusammenzubringen“, lautet eine ihrer Empfehlungen. Mehr Vertrauen – das sollten arabischsprachige Eltern auch in ihre Kinder haben, befand Vera Knopp, Mathematiklehrerin an einer Gesamtschule und derzeit hauptamtliche Personalrätin. „Ich erlebe, dass die Eltern zum Teil sehr viel Druck machen, manchmal ohne sich dessen bewusst zu sein. Die Kinder brauchen aber Zeit, um die neue Sprache zu lernen und um ihre Erlebnisse zu verarbeiten.“ Vera Knopp appellierte an die geflüchteten Eltern,



Download des Faltblattes unter:

https://www.awo-mittelrhein.de/fileadmin/content/mittelrhein/2018/Arab_El_Flyer_190618.pdf

den Kindern Geduld entgegenzubringen und sich gründlich zu informieren. „Das Kind mit seinen oder ihren Fähigkeiten und Bedürfnissen sollte im Mittelpunkt stehen. Man sollte sich nicht von Anfang an aufs Abitur fixieren, denn es ist keine Garantie für beruflichen Erfolg. Das deutsche System kennt viele Übergänge.“ Doch genau hier hapere es oft, sagte eine ehrenamtlich aktive syrische Mutter. „Wir haben gelernt, dass es viele Wege zum Abitur gibt, aber wie es genau funktioniert, dazu brauchen viele von uns noch mehr und detaillierte Informationen, auch auf Arabisch.“ Foren wie das Werkstattgespräch seien wichtig, um mehr Angebote zu entwickeln, unterstrich Petr Frantik vom ZMI – Zentrum für Mehrsprachigkeit und Integration: „Es geht darum, die Sichtweisen verschiedener Beteiligter miteinander in den Dialog zu bringen. Darauf aufbauend können bestehende Angebote koordiniert und neue Projekte initiiert werden. Diese müssen aber auch besser für Eltern sichtbar und erreichbar werden.“

Martina Sabra koordiniert bei der AWO Mittelrhein das Projekt

„Arab_El – Arabischsprachige Eltern stärken“

Kontakt: arab-el@awo-mittelrhein.de

Kein „Radfahrer“

GRAPHIC NOVEL ÜBER POLITISCHEN WIDERSTAND IN DEUTSCHLAND

„Nach oben buckeln, nach unten treten“ – das wollte Karl nicht – weder im Nazireich noch in der DDR, die darauf folgte. Die authentische Geschichte, die der Zeichner Hamet Eshrat und der Autor und Historiker Jochen Voit in ihrer Graphic Novel erzählen, schildert in spannenden und berührenden Szenen aus der Perspektive des späteren Pfarrers Karl Metzner die Widerstandsaktionen einer Schülergruppe in Erfurt 1943 und seine Weigerung, als DDR-Bürger dem „Staatssicherheitsdienst“ als Spitzel zu dienen.

Fünf Handelsschüler wagten es im Kriegsjahr 1943, die Ortsgruppe Erfurt des oppositionellen „Nationalkomitee Freies Deutschland“ zu gründen. „Frieden! Freiheit! Ende des Hitler-Bluterrors!“ stand auf ihren Flugblättern. „Nieder mit den Nazis! Schluss mit dem Krieg! Nieder mit Hitler!“ schrieben sie an Wände. Sie kamen aus ganz unterschiedlichen Familien: sozialdemokratisch, großbürgerlich, christlich, liberal und nationalsozialistisch geprägt. Die Jungen handelten aus eigenem Antrieb. Ihr Idealismus wurde übel geahndet. Gefängnis zwischen sechs Monaten und „auf unbestimmte Zeit“ verhängte der Nazi-Richter. Wegen eines „Rundfunkverbrechens“ – so hieß das Hören ausländischer Sender – und „Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens“ (Aufruf zum Sturz des

Regimes) waren die Jugendlichen angeklagt. Mit Tränenseen, die sein verzweifertes Gesicht spiegeln, zeichnet Eshrat die Todesangst des jungen Gefangenen Karl Metzner nach.

Einige Seiten weiter sehen wir den längst befreiten, erwachsenen Karl als Schattenriss im Stasi-Anwerbegespräch: „Wir erwarten Berichte über das kirchliche Leben und einen Rückgang der unnatürlich hohen Zahl an Konfirmationen in Ihrer Gemeinde“, bekommt Pfarrer Metzner zu hören. „Und was passiert, wenn ich mich weigere?“ – „Das überlasse ich Ihrer Vorstellungskraft. Sie sind ja kein unbeschriebenes Blatt...“ Metzner entschied sich trotzdem widerständig, im Leben wie im Comic. Das letzte Bild zeigt ihn bei der Erfurter Montagsdemonstration im November 1989 unter dem Banner „Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht.“ Durch die Gestaltung als Comic eignet sich Karls wahre Geschichte gut als Einstiegslektüre für Jugendliche über die jüngere Geschichte Deutschlands. Gerade in Zeiten zunehmender Rechtsneigungen höchst empfehlenswert!

Jochen Voit und Hamed Eshrat:
Nieder mit Hitler!
oder Warum Karl kein Radfahrer sein wollte.
Avant Verlag Berlin 2018, 160 Seiten, 20 Euro



Impressum

Herausgeber:

Arbeiterwohlfahrt
Bezirksverband Mittelrhein e.V.
Integrationsagentur
Dienststelle Amsterdamer Str. 232,
50735 Köln

Redaktion

Ariane Dettloff
Mercedes Pascual Iglesias
Gestaltung: Andreas Hollender

Verantwortlich (i. S. d. P.)

Andreas Johnsen, Vorsitzender des Vorstands

Telefon: 0221 – 84 64 27 03

E-Mail: vielfalt@awo-mittelrhein.de

Haftungshinweis:

Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

© AWO Bezirksverband Mittelrhein e.V.

Abdruck, auch in Auszügen, erwünscht, jedoch nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Gefördert durch:

Ministerium für Kinder, Familie,
Flüchtlinge und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen



Echt AWO. Seit 1919.
Erfahrung für die Zukunft.